

Peter Rist
Bürgermeister a. D.
Kommunal - Manager
Mitglied Kreistag Oberallgäu
www.peter-rist.de

Landratsamt Oberallgäu
Frau Landrätin Baier-Müller
Oberallgäuer Platz 2
87527 Sonthofen

07. Februar 2022

Verantwortungsvoller Gesundheitsschutz für die Oberallgäuer Bevölkerung

Sehr geehrte Frau Landrätin,

ich erinnere an meinen in der Kreistagssitzung am 10.12.2021 falsch und daher (noch) nicht behandelten Antrag „Vorbildlicher Infektions- und Gesundheitsschutz bei Gremiensitzungen“ vom 01.11.2021 samt meiner dazu ergangenen Mails vom 12.11.2021 und 11.12.2021.

Darin geht es vor allem und insofern „nur“ um Rücksichtnahme, Verantwortung und Miteinander im Kreistag und seinen Gremien. Heute geht es um das Eigentliche, unsere Bevölkerung – konkret: **Wohlbefinden und Wohlfahrt Gesundheit, Leib und Leben der Menschen im Oberallgäu:**

Vorbemerkung: Mein Antrag bezieht sich nicht auf das OB, also ob der Landkreis Impfangebote macht oder ob der Landkreis bestimmten gesetzlichen Vorgaben nachkommt, sondern WIE er das macht bzw. wie er schädliche gesetzliche Vorgaben entsprechend ausgleichen kann. Im Fokus dieses Antrages steht somit weitaus mehr als lediglich eine sog. „Weisungsaufgabe“, die einer Entscheidung des Kreistages entzogen wäre.

Mit meinem Antrag stelle ich ebenso klar, dass ich mich vom aktuell praktizierten Verhalten in voller Gänze distanzieren und nicht mitverantwortlich bin für das grauenvolle Leid, das auch unser Landkreis in blinder Hörigkeit und übertriebenem Eifer über seine Bevölkerung bringt.

Ich stelle in Anlehnung an das offizielle „MWGFD-Corona-Ausstiegskonzept“ - vgl.

[Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V. - MWGFD](#)

[2022-02-06-final-MWGFD-Anschreiben-allgemein-Wordformat-mit-kleinen-Ergaenzungen-pdf.pdf](#)

folgenden öffentlichen Antrag:

1)

Sofortige Einstellung der sog. COVID-Impfungen

Die aktuelle Datenlage bzgl. Impfnebenwirkungen und Impfschäden erfordert den sofortigen Stopp der Anwendung dieser unnötigen und gesundheitsschädigenden gentechnischen Immunisierungsversuche. Die experimentelle sog. „Impfung“, insbesondere von Kindern, mit den beschriebenen bisher nur bedingt zugelassenen vier COVID-„Impfstoffen“ ist durch nichts zu rechtfertigen, da völlig sinnlos und riskant.

Wie jeder längst wissen kann, nützen diese Mittel bei gesunden Menschen nichts (auch die Aussage, sog. „Impfungen“ würden zumindest vor schweren Krankheitsverläufen schützen, ist eine nicht bewiesene und damit haltlose Behauptung). Obendrein können diese Mittel erhebliche (Langzeit-) Schäden verursachen und sogar zum Tod führen.

Hilfsweise beantrage ich zumindest:

Anstatt stupider, irreführender und verantwortungsloser Impfwerbung durch den Landkreis (bspw. auf seiner Homepage etc. - „*Lass dich jetzt kostenlos impfen*“ ...) eine verantwortungsbewusste Information der Menschen vor Impfungen. Diese Mittel in Massenimpfungen ohne entsprechende Aufklärung zu verabreichen ist verantwortungslos.

Der Landkreis muss vielmehr dafür Sorge tragen, dass sog. „Impfwillige“ NICHT „ausdrücklich auf das ärztliche Aufklärungsgespräch“ verzichten, sondern ein solches erhalten und zudem das amtliche sog. „Aufklärungsblatt“ vom RKI ausgehändigt erhalten, vollständig und gewissenhaft durchlesen und erst danach die sog. „Einwilligungserklärung“ unterschreiben. Dafür beantrage ich Mittel in Höhe von 250.000 € im Haushaltsjahr 2022.

2)

Beendigung sämtlicher nicht evidenzbasierter nichtpharmazeutischer Maßnahmen, wie Lockdowns, Schulschließungen, Maskenpflicht im öffentlichen Raum, Isolation, Quarantäne, Kontaktverfolgung, Abstandsregeln, sowie RT-PCR- und Antigenschnelltests bei Menschen ohne Krankheitssymptomen und sofortige Öffnung der Sportstätten, Gaststätten, Kirchen und Kultureinrichtungen für alle ohne Zugangsbedingungen

Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen: die nicht-pharmazeutischen Maßnahmen tragen nicht zu einer Verhinderung von Todesfällen und schweren Erkrankungsfällen bei - sogar im Gegenteil: Stattdessen sollte ein Appell an Menschenverstand und Vernunft zur Einhaltung bewährter Hygieneregeln wie Husten- und Nießetikette und das Zuhausebleiben von Kranken ausreichen. Eine proaktive öffentliche Gesundheitsversorgung, die es ermöglicht, kranke Menschen zuhause zu versorgen, dürfte mehr bewirken als alle Impfkampagnen. Kultur-, Gast- und Sportstätten und Kirchen sind wichtige soziale Treffpunkte. Sie erfüllen grundlegende Bedürfnisse nach Geselligkeit und sozialer Teilhabe, die wiederum ein zentrales Element im komplexen Gewebe menschlicher Resilienz und Immunität darstellen. Das Schließen dieser Einrichtungen bzw. die Beschränkung des Zugangs auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen nach einem sehr dubiosen Standard (2G, 3G), der sachlich nicht zu rechtfertigen ist, muss beendet werden.

Hilfsweise beantrage ich zumindest:

Eine sinnhafte Anwendung bestehender gesetzlicher Regelungen auf den Landkreis.

3)

Vernünftige Steuerung vom Pandemie-Management auf Basis von Wissenschaftlichkeit und Evidenz, u.a. durch korrektes Testen wirklich Kranker und korrekte Erfassung der epidemischen Lage.

Eine Testung auf Atemwegsviren ist aus medizinischer Sicht nur bei therapeutischen Konsequenzen, in der Regel nur bei schwer kranken hospitalisierten Patienten mit spezifischem (antiviralem) Therapiebedarf, bei Erkrankten im Rahmen des Überwachungssystems für Atemwegsinfekte und bei Angehörigen einer bis heute nicht existierenden epidemiologischen Studienkohorte sinnvoll. Bei den Testungen sollten differentialdiagnostisch immer auch Erkrankungen in Erwägung gezogen werden, die durch andere Atemwegsviren hervorgerufen werden. Es sollten keine RT-qPCR-Tests mit Ct-Werten über 25 als positiv ausgewiesen werden. Außerdem sollten nur RT-qPCR-Tests auf mindestens drei Gene durchgeführt und die Diagnose COVID-19 nur in ärztlicher Zusammenschau mit Anamnese, Symptomatik und klinischen Befunden gestellt werden. Es sollte hierbei stets eine Studienkohorte konstituiert werden, die für die Bevölkerung repräsentativ ist. Damit sollte eine longitudinale Erfassung und Überwachung einer allfälligen Epidemie von nationaler Tragweite von SARS-CoV-2 erfolgen, in der Inzidenz, Prävalenz, Schweregrad der Erkrankung und Immunitätsstatus (Tests auf Antikörper und T-Zell-Immunität) erfasst werden.

Hier kann und sollte das Gesundheitsamt vom Landkreis Oberallgäu als echtes Gesundheitsamt, das diesen Namen verdient, beispielgebend vorgehen. Hierfür beantrage ich zusätzliche Mittel in Höhe von **250.000 €** im Haushaltsjahr 2022.

4)

Erstellen leicht anwendbarer Konzepte zur Prävention und Frühbehandlung von COVID-19 und auch für die stationäre und ggf. intensivmedizinische Behandlung schwerer Verläufe.

Es gibt eine wirksame Prophylaxe gegen COVID-19 und andere Infektionskrankheiten, bspw. gesunder Lebensstil, viele Sozialkontakte und Vitamin D3. Aus Komplementärmedizin, Naturheilkunde und Traditioneller Medizin sind zahlreiche Pflanzen und Maßnahmen bekannt, die sowohl in der Prävention als auch in der Frühbehandlung erfolgreich eingesetzt werden können. Außerdem es gibt eine wirksame konventionelle Therapie von COVID-19, bspw. entzündungshemmende Medikamente, Antihistaminika, topische oder systemische Corticosteroide, Hydroxychloroquin, Ivermectin, monoklonale Antikörper und Blutgerinnungshemmer. Es sollten nur gut verträgliche, wirksame antivirale Medikamente eingesetzt werden - gemäß hippokratischem Grundsatz des moralisch geforderten ärztlichen Handelns: **“Primum non nocere, secundum cavere, tertium sanare”** - „Erstens nicht schaden, zweitens vorsichtig sein, drittens heilen“.

Hier kann und sollte der Landkreis Oberallgäu auch in seiner Eigenschaft als Mitträger vom Klinikverbund Allgäu gGmbH beispielgebend vorgehen. Für die Ausarbeitung entsprechender praxisnaher Konzepte beantrage ich (auch mit Blick auf folgende Nr. 5) zusätzliche Mittel in Höhe von **150.000 €** im Haushaltsjahr 2022 und beantrage zudem, dass der Landkreis entsprechende Programme beim Klinikverbund Allgäu gGmbH anregt und zum Anschub einer in diesem Sinne nachhaltig zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung der Oberallgäuer Bevölkerung beiträgt.

5)

Die Dominanz einer einzigen, nämlich der virologischen Logik, muss beendet werden. Andere Aspekte, etwa volkswirtschaftliche, soziale, psychologische, pädagogische und ganzheitlich medizinische Betrachtungen müssen einbezogen werden.

Die Dominanz einer einzigen Sichtweise im Umgang mit einem komplexen Problem ist immer unzureichend. Während die Betrachtung einer Pandemie unter virologischen Gesichtspunkten im Einzelfall nützlich ist, dürfen andere Aspekte nicht einfach ausgeblendet werden. Es ist der Einbezug von Ärzten in patientennahen Disziplinen (z.B. Pädiater, Kinderpsychologen, Internisten, Lungenfachärzte) und Ärzten, die eine gesamtmedizinische Sichtweise auf Krankheitsgeschehen haben und z.B. bei der Abklärung von Nebenwirkungen der Impfung und Todesursachen-Ermittlungen unverzichtbar sind (Pathologen, Rechtsmediziner) notwendig.

Der immer größer werdende Einfluss von Pharmakonzernen hat zu Abhängigkeiten, u.a. auch bei der Wahl der „Corona-Strategie“, und zu einer enormen Kostensteigerung im Medizin- und Gesundheitssektor geführt, allerdings ohne eine gleichzeitige Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung zu erreichen. Es ist an der Zeit geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl zur Befreiung von diesen Abhängigkeiten als auch zur wünschenswerten Verbesserung der Volksgesundheit beitragen.

Zu einem funktionierenden sozialen Gefüge gehören auch wirtschaftliche, psychologische, soziale, pädagogische und medizinische Belange anderer Art. Der derzeitige politische Umgang mit der Corona-Krise ordnet all diese Aspekte der virologischen Logik unter. Dies ist unklug und politisch fatal.

Auch diesbezüglich kann und sollte der Landkreis Oberallgäu - Stichwort „Gesundheitsregion (Ober-) Allgäu“ - beispielgebend vorgehen. Das wäre auch aus touristischer und wirtschaftlicher Sicht zukunftsweisend.

Ich beantrage, dass der Landkreis umgehend federführend entsprechende „Runde Tische“ organisiert, die eine in diesem Sinne ganzheitliche Problembewältigung ermöglichen und dazu erforderliche Mittel in Höhe von 150.000 € im Haushaltsjahr 2022 bereitgestellt.

6)

Beruhigung der Bevölkerung hinsichtlich ausreichender medizinischer Versorgung für alle.

Die bisherige mediale Präsentation der Pandemie hat bei einem Großteil der Menschen eine nicht zu unterschätzende Angst vor einem "Killervirus" aufgebaut, und die Menschen haben diese verinnerlicht. Aus langjährigen interdisziplinären Forschungen zur innigen Verbindung zwischen Psyche und Immunsystem ist bekannt, dass Angst neben Stress ein Hauptfaktor ist, der zur Schwächung des Immunsystems beiträgt. Das einzige natürliche Antidot zu dieser Überaktivierung des Paniksystems auf einer gesellschaftlichen Ebene ist die Aktivierung des physiologischen Gegenspielers, des Affiliationssystems. Dieses führt zum Beispiel durch soziale Nähe und Geborgenheit zu Entspannung und zur Gegenregulierung sympathischer autonomer Erregung. Mediale Panikmache ist in dieser Situation nicht hilfreich. Im Gegenteil sollte gewissenhafte Öffentlichkeitsarbeit ihrer Aufgabe nachkommen, indem sie nicht nur Katastrophenmeldungen verbreitet, sondern vor allem auch auf Aspekte blickt, die Anlass zur Hoffnung geben. Beispielsweise ist schon lange bekannt, dass ein großer Prozentsatz der

Bevölkerung durch Kreuzimmunität gegen andere Coronaviren höchstwahrscheinlich auch Immunität gegen dieses Virus aufweist. Diese entlastende Nachricht ist noch nie aufgegriffen worden. In diesem Sinne sollte eine Entlastung und Entspannung der Bevölkerung eine wichtigere Rolle spielen als das Schüren von Angst und Panik. Die Spaltung der Gesellschaft wird nur durch offenen und respektvollen Diskurs überwunden, nicht durch mediale und politische Einschüchterung.

Auch diesbezüglich kann und sollte der Landkreis Oberallgäu beispielgebend vorgehen.

7)

Medien sollten breitgefächerte umfassende Information bereitstellen, gemäß im Pressekodex formulierten Ethikrichtlinien für Journalisten, ohne Angst- und Panikerzeugung.

Neben einer ausgewogenen Berichterstattung, die auf Diffamierung abweichender Meinungen und wohlbegründeter Kritik verzichtet, könnten Beiträge zu Themen wie gesunder Lebensweise und Stärkung des Immunsystems hilfreich sein. Auf Angst- und Panik abzielende Berichterstattung ist mit den im „Pressekodex“ formulierten Ethikrichtlinien nicht vereinbar.

Der Landkreis Oberallgäu kann und sollte auch hier beispielgebend vorgehen und zudem seinen Einfluss auf lokal-regionale Medien geltend machen.

Ich beantrage zu 6) und 7), dass der Landkreis umgehend eine entsprechend verantwortungsbewusste und der Aufklärung mündiger Bürger dienende Öffentlichkeitsarbeit wahrnimmt und insbesondere auch für seine Mitgliedskommunen entsprechende Information (im Gegensatz zu kampagnenartiger Desinformation) zur Verfügung und dazu notwendige Mittel in Höhe von 200.000 € im Haushaltsjahr 2022 bereitgestellt.

8)

Bereitstellung von Programmen zur Behandlung der durch die Maßnahmen entstandenen physischen und psychischen Traumata, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Lockdown- Maßnahmen und Maskenpflicht sowie mangelnde Möglichkeiten sozialer Beziehungen haben bei vielen Kindern und Jugendlichen zu psychischen Belastungen und Traumatisierungen geführt. Daher sollten Mittel bereitgestellt werden, um auf gemeindenaher Ebene die Betroffenen therapeutisch und präventiv zu erreichen. Ein erster Schritt wäre die Aufhebung unnötiger Belastungen durch Testungen und Maskenpflicht. Des Weiteren sollten Lehrkräfte und Führungsfiguren in der Jugendarbeit durch entsprechendes Informationsmaterial geschult und gebildet werden. Eine kurzfristige Erhöhung des Angebots an therapeutischen Optionen für Kinder und Jugendliche wäre von Bedeutung. Die impliziten Schuldzuschreibungen, die Kindern die Schuld an der Erkrankung ihrer Angehörigen zuweisen, haben sofort zu unterbleiben. Sie waren von Anfang an sachlich falsch und psychologisch gefährlich.

Der Landkreis Oberallgäu kann sollte auch hier beispielgebend vorgehen.

Dazu werden entsprechend notwendige Mittel in Höhe von 250.000 € für das Haushaltsjahr 2022 beantragt.

9)

Beendigung des Pflegenotstandes durch geeignete Maßnahmen.

Die Analysen der vermeintlichen Notlage im Intensivpflegesektor zeigen, dass diese Notlage einem politischen Versagen geschuldet ist. Anstatt ausreichender Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und Anerkennung für Pflegende, versuchte man durch dubiose Anreizsysteme für Covid-Gehorsam Ausgleich zu schaffen. Dies sollte sofort beendet werden und das freiwerdende Geld auf faire Bezahlung von Personal und höhere Personalschlüssel umgeschichtet werden, damit Dienste besser planbar werden, Arbeitsdichte reduziert und Bürokratie abgebaut wird. Die Pflege ist die größte Gruppe von Experten die am wenigsten anerkannt sind. Seit der Einführung der DRG Krankenhausfinanzierung ist die Demontage durch rücksichtslose, gewinnorientierte Personalpolitik immer weiter vorangeschritten. Der Pflegeberuf muss in allen Bereichen attraktiver gemacht werden.

Der Landkreis Oberallgäu kann sollte auch hier unbedingt beispielgebend vorgehen.

Dazu werden neben der Beantragung entsprechender Mittelumschichtungen zusätzliche Mittel in Höhe von 500.000 € für das Haushaltsjahr 2022 beantragt.

Zudem und besonders wichtig, beantrage ich eine umgehende und klare Information der Bevölkerung, der im Gesundheitswesen Beschäftigten und sämtlicher entsprechender Einrichtungen im Landkreis, wonach es entgegen allgemeiner Darstellung keine Impfpflicht, sondern ab 15.03.2022 lediglich eine einrichtungsbezogene Meldepflicht von Nicht-Geimpften durch den Arbeitgeber beim zuständigen Gesundheitsamt gibt.

Vielen Dank für Ihr Engagement im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger.

Mit verantwortungsvollen Grüßen
Peter Rist

Weiterführende und hilfreiche Links – u. a.:

[Peter Rist – Die Stimme des Allgäus \(peter-rist.de\)](http://peter-rist.de)

[Wie dem Impfdruck durch den Arbeitgeber standhalten? - MWGFD](#)

[Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V. - MWGFD](#)

[Zur C-Impfung - MWGFD](#)

[Ärztinnen und Ärzte für Individuelle Impfentscheidung e.V.: Covid-19-Impfpflicht \(individuelle-impfentscheidung.de\)](#)

[Gewerkschaft | GGG \(gg-gewerkschaft.de\)](#)